

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD**Wie wird Bremens Kooperation mit Yad Vashem weiterentwickelt?**

Erinnern, mahnen, ehren – in Yad Vashem, der Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem, wird an die Schicksale der sechs Millionen Juden erinnert, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Es wird dort an das unvorstellbare Leid erinnert, aber auch an Zeichen der Menschlichkeit. „Denkmal und Name“ – so lautet die Übersetzung des hebräischen Namens der zentralen Holocaust-Gedenkstätte.

Zu der Gedenkstätte auf dem Herzlberg in Jerusalem gehört unter anderem ein Forschungszentrum, in dem die Biographien der Holocaustopfer dokumentiert werden. Bislang wurden die Schicksale von rund 4,2 Millionen Opfern biographisch erfasst. Die Bundesregierung unterstützt die Arbeit des Zentrums jährlich mit einer Million Euro. Zudem befinden sich auf dem Gelände der Stätte ein Kunstmuseum mit Werken von Lagerinsassen und Getto-Bewohnern sowie das weltweit größte Holocaust-Archiv. In dem Archiv wird auf rund 210 Millionen Seiten der Massenmord an den Juden belegt und dokumentiert.

Zur Gedenkstätte gehört auch eine internationale Schule für Holocaust-Studien, die die Erinnerungsarbeit pädagogisch präsentiert und begleitet. Das Angebot eines Besuches in Yad Vashem gehört für angehende Lehramtsanwärterinnen/Lehramtsanwärter schon länger zur Ausbildung. Am Ende der 19. Legislaturperiode wurde der Senat aufgefordert, die Kooperation Bremens mit Yad Vashem nicht nur auf Lehrerinnen und Lehrer zu beschränken, sondern auch für andere Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes zu öffnen, um eine Auseinandersetzung mit der Verfolgung von Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus zu ermöglichen. Ziel dieser Auseinandersetzung ist neben der Wissensvermittlung über deutsche Geschichte vor allem auch das Erkennen von aktuellen antisemitischen Angriffen oder Vorfällen sowie einer Sensibilisierung für die jeweilige Berufsgruppe und eines angemessenen Umgangs.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Ist die Erweiterung der Kooperationsvereinbarung mit der „International School of Holocaust Studies“ in Yad Vashem/Jerusalem mittlerweile erfolgt? Falls nein: Aus welchen Gründen nicht?
2. Wie weit sind die Vorbereitungen der AG „Kooperation mit Yad Vashem“ der Hochschule für öffentliche Verwaltung inzwischen gediehen?
3. Ist die 2019 angekündigte Vereinbarung inzwischen geschlossen worden?
4. Wann werden die ersten Mitarbeitenden des Polizeivollzugsdienstes an Fortbildungen der „International School for Holocaust-Studies“ teilnehmen können?
5. Welche zum Themenbereich passenden Seminare werden für die Mitarbeitenden des Polizeivollzugsdienstes in Bremen oder anderswo angeboten und gibt es hierfür spezielle Angebote?

6. Wie viele Mitarbeitende haben in 2019 derartige Angebote wahrgenommen?
7. Welche der in der Drucksache 19/2159 der Bürgerschaft (Landtag) genannten Fortbildungen haben im Bereich Justiz und Verfassung in 2019 stattgefunden?
8. Wie viele Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte sowie andere Mitarbeitende aus dem Bereich Justiz und Verfassung haben in 2019 an solchen Fortbildungen teilgenommen?
9. Ist das Fortbildungskonzept für Proberichterinnen/Proberichter um das Thema NS-Justiz mittlerweile erweitert worden und – falls ja – wann haben die ersten Fortbildungen dazu mit wie vielen Teilnehmenden stattgefunden?
10. Wie weit ist die Zusammenarbeit des Ressorts Kinder und Bildung mit Yad Vashem inzwischen gediehen?
11. Wie viele Lehrerinnen und Lehrer haben an entsprechenden Fortbildungen in 2019 in Yad Vashem teilgenommen, und wie viele Fortbildungen und Bildungsurlaube wurden zu diesem Thema in Bremen oder anderswo besucht?
12. Wie viele Fortbildungen zum Thema Antisemitismus wurden für die genannten Beschäftigten anderweitig angeboten, und wie viele haben daran teilgenommen?
13. Wurden die bisherigen Teilnehmerinnen/Teilnehmer der Weiterbildungsangebote in Yad Vashem als Multiplikatoren eingesetzt? Wenn nein, wird das geplant? Wenn ja, wie viele Bremerinnen und Bremer kamen in den Wirkungskreis davon?

Antje Grotheer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD